

## Verteilungskämpfe und Inflation

Im medialen Diskurs und in der Mehrheitsgesellschaft sind viele Mythen und Halbwahrheiten rundum Inflation<sup>1</sup> verbreitet. Neben monetaristischen Erzählungen reproduziert der populäre Nationalökonom Hans-Werner Sinn (2022) im Interview mit Focus Money eine vermeintliche Binsenweisheit zur Inflation: »Wir alle werden ärmer.«

Dies mag für viele Menschen einleuchtend wirken, können doch laut Marcel Fratzscher (2022), Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), 60 Prozent der Deutschen in der aktuellen Inflationskrise nicht mehr sparen. Davor waren es nur 40 Prozent. Doch sollte auch nicht in Vergessenheit geraten, dass eine Minderheit zu Krisenprofiteuren wurde, wie etwa die Diskussion um eine Übergewinnsteuer für Energieriesen illustriert.

Hier wird also eines besonders deutlich: Inflation ist in erster Linie ein Verteilungskonflikt, der Menschen sehr ungleich trifft. Unternehmen erhöhen die Preise, während Konsumenten höhere Preise zahlen müssen. Dabei wird der durch die Preiserhöhungen entstandene Profit kapitalismustypisch von Privateigentümern angeeignet. Es gilt die Faustregel: Wer sein Einkommen nicht in dem Maße steigern kann, wie die Preise ansteigen, wird ärmer. Wer sein Einkommen dem entgegen stärker als die Preiszuwächse erhöhen kann, wird reicher. Dementsprechend ist die Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden im Zuge von inflationistischen Dynamiken zentral. Denn das Resultat von Arbeitskämpfen beeinflusst in Form von Tarifverträgen wesentlich die weitere Lohn- bzw. Profitentwicklung.

Obwohl die Teuerung unter den gegebenen Kräfteverhältnissen zwischen Arbeit und Kapital zu Kaufkraftverlusten bei der Masse der Bevölkerung führt, konstatiert der Politökonom Thomas Sablowski (2023), dass die »kritische Diskussion über die neue Inflationswelle [...] noch ziemlich am Anfang« sei. Insbesondere für die marxistische Debatte ist dies eine überraschende Leerstelle. Überraschend deshalb, weil sich die Untersuchung von Deklassierungsprozessen in der Vergangenheit als aufschlussreicher Forschungsstrang marxistischer Theoriebildung erwiesen hatte.<sup>2</sup>

In den vergangenen anderthalb Jahren thematisierte die marxistisch geprägte Forschung vorrangig Zuspitzungen geopolitischer Konflikte zwischen dem

---

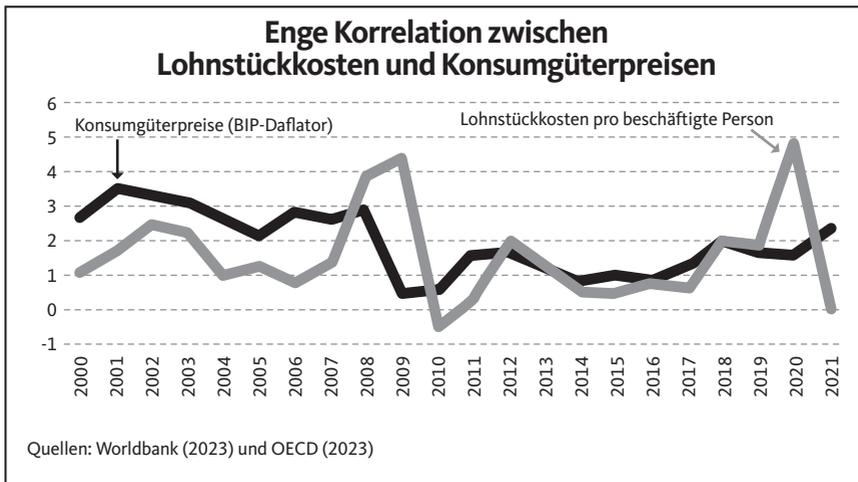
1 Unter Inflation wird in der Regel der allgemeine Anstieg der Verbraucherpreise über einen längeren Zeitraum verstanden. Ob dies in der aktuellen Phase der Fall ist, ist umstritten – es wird in der Literatur teils auch von einmaligen Preisschocks gesprochen. Hier wird der Begriff »Inflation« nichtsdestotrotz verwendet, weil er in den Medien und im öffentlichen Diskurs für die aktuellen Preisanstiege gebräuchlich ist.

2 Dazu vgl. insbesondere die Studie »Formen bürgerlicher Herrschaft« von Reinhardt Kühnl (1971), in der er die Bedeutung eines deklassierten und sich im Abstieg begriffenen Kleinbürgertums als Massenbasis des deutschen Faschismus herausstellt.

Westen und Russland / China. Diese wurden durch den Ukrainekrieg befeuert, weswegen Bundeskanzler Olaf Scholz nicht zu Unrecht von einer »Zeitenwende« sprach. Auch wenn die marxistische Perspektive auf geopolitische Konflikte vor allem aufgrund der stets schwelenden Gefahr einer atomaren Eskalation keinesfalls zu vernachlässigen ist, gibt es nicht zu unterschätzende Leerstellen von Zugängen zur aktuellen Inflationskrise, die die Teuerung aus Sicht der Kritischen Politischen Ökonomie betrachten. Mit diesem Artikel wird daher intendiert, den entsprechenden Diskurs voranzutreiben.

## Eine zu starke oder zu schwache Arbeiterklasse

Um den Gründen für die inflationistische Preisentwicklung nachzuspüren, ist es aufschlussreich, zunächst allgemeine Entwicklungstendenzen von Preisen aufzuzeigen. Folgt man der Empirie, ist ein langfristiger Zusammenhang nicht von der Hand zu weisen: der von Konsumgüterpreisen und Lohnstückkosten.<sup>3</sup> Stellt man die Entwicklung der Lohnstückkosten und Konsumgüterpreise von 2000 bis 2021 für die Eurozone grafisch dar, sticht der ähnliche Verlauf der Kurven bis 2019 schnell ins Auge.



Während die orthodoxe Ökonomie diese für makroökonomische Verhältnisse ungewöhnlich enge Korrelation weitestgehend ignoriert, erklären heterodoxe Ökonomen wie bspw. Heiner Flassbeck (2015) den Zusammenhang mit der Kostendrucktheorie (Cost-Push-Theory). Da Löhne der größte volkswirtschaftliche Kostenfaktor seien, würden Unternehmen langfristig gesehen ihre Preisgestaltung vorrangig von der Lohnentwicklung abhängig machen. Um ihre Marge

3 Dazu vgl. insbesondere die Studie »Formen bürgerlicher Herrschaft« von Reinhardt Kühnl (1971), in der er die Bedeutung eines deklassierten und sich im Abstieg begriffenen Kleinbürgertums als Massenbasis des deutschen Faschismus herausstellt.

zumindest konstant zu halten, legen Arbeitgeber gestiegene Lohnkosten auf die Preise um, bzw. haben bei sinkenden Lohnkosten Spielräume für Preissenkungen.

Unter Rückgriff auf die Kostendrucktheorie wird versucht, Inflation zu erklären. In Form einer sogenannten Lohn-Preis-Spirale würden sich Löhne und Preise gegenseitig ›hochschaukeln‹. Dies führe ohne politische Intervention zu einem kontinuierlichen und längerfristigen Anstieg der Preise. Arbeitnehmer setzen höhere Lohnforderungen durch, Arbeitgeber beantworten dies wiederum mit einer Erhöhung ihrer Preise. Daraufhin fordern Arbeitnehmer wiederum höhere Löhne usw.

Doch an der Lohn-Preis-Spirale als Inflationsursache gibt es erhebliche Zweifel: Obwohl eine Studie des Internationalen Währungsfonds (IWF) 100 Fälle von Lohn-Preis-Spiralen im verarbeitenden Gewerbe identifizieren konnte, kam es in deren Folge nur vereinzelt zu einem Inflationsschock (Alvarez et al. 2022). Aber auch aus theoretischer Sicht spricht einiges gegen die Lohn-Preis-Spirale als Inflationsauslöser.

Zunächst bergen Preiserhöhungen die Gefahr, dass die Absatzmenge der Waren sinkt und so die Gewinnmargen schrumpfen. Gerade in Phasen schwächelnder Konsumententwicklung drohen weitere Preiserhöhungen bereits bestehende Absatzprobleme zu verschärfen.

Daneben betont etwa der Gründer und Chefredakteur der keynesianischen Zeitschrift Makroskop Paul Steinhardt (2023), dass aus der Korrelation von Preisen und Lohn(stück)kosten nicht auf Kausalitäten zwischen den Größen geschlossen werden kann:

»Weder sind steigende Preise Ursache von Lohnerhöhungen noch sind Lohnerhöhungen Ursache von steigenden Preisen, weil diese Entitäten keine Eigenschaften haben, die es erlaubten, ihnen kausale Potenzen zuzuschreiben. Vielmehr sind steigende Preise ein Grund für Arbeitnehmer und ihre Interessenvertreter, höhere Löhne zu fordern, um keine realen Einkommensverluste zu erleiden. Für Unternehmen sind steigende nominale Löhne dagegen ein Grund für Preiserhöhungen, um ihre nominalen Gewinnmargen zu verteidigen.«

Daher betont Steinhardt, dass man vielmehr über die Handlungsgründe von Unternehmen für Preiserhöhungen bzw. von Lohnabhängigen für höhere Lohnforderungen nachdenken solle.

Für diese Überlegungen hat Klaus Müller (2022: 87f.) wichtige Impulse gegeben. So stellt er das basale kapitalistische Motiv der Profitmaximierung in den Vordergrund:

»Das ist der entscheidende, der tiefere Grund: Preissteigerungen begleiten das Streben nach höchstem Profit. Wenn bei gegebenen Preisen, sonstigen Kosten und gegebener Produktivität die Lohnkosten steigen, gehen die Profite im Ausmaß der Lohnsteigerung zwingend zurück. Unternehmer wollen dies verhindern. Deshalb setzen sie den Preis hoch. Was als lohnbedingte Preissteigerung hingestellt wird, ist der Versuch, eine Korrektur der Verteilung der Einkommen zugunsten der Lohnempfänger zu verhindern.«

Hier ist der »Zeitaspekt« (ebd.: 88) herauszustellen, denn Preissteigerungen sind in aller Regel Lohnerhöhungen zeitlich vorgelagert. Während Unternehmen das ganze Jahr über Preise erhöhen (und ab und zu auch senken), müssen Lohnzuwächse von den Tarifparteien erst ausgehandelt werden. Dies geschieht maximal einmal im Jahr. Damit reagieren die Gewerkschaften mehr als sie agieren: Sie wollen an Produktivitätszuwächsen teilhaben, Kaufkraftverlust durch zuvor stattgefundenen Preiserhöhungen ausgleichen und bestenfalls Teile des erwirtschafteten Reichtums zu ihren Gunsten umverteilen.

Aber unter welchen Voraussetzungen schlagen Auseinandersetzungen um die Lohn- und Profitentwicklung krisenhaft um? Hierfür gibt die Regulationstheorie wichtige Anhaltspunkte. Im Kontext der intensiven Akkumulation unterscheidet Sablowski (2013: 91) zwischen zwei Krisenursachen, die jeweils auf eine zu starke oder zu schwache Arbeiterklasse schließen lassen.

Reallohnzuwächse – d. h. die Zuwächse inflationsbereinigter Löhne – müssen im Einklang mit Produktivitätszuwächsen ansteigen, also die sogenannte »goldene Regel« erfüllen. Sind die Lohnabhängigen zu schwach und die Reallöhne wachsen daher langsamer als die Produktivität, droht eine Überakkumulationskrise. Sind die Lohnabhängigen hingegen zu stark und die Reallöhne wachsen schneller als die Produktivität, kommt es tendenziell zu einer Profitklemme (Profit Squeeze).

Eine Überakkumulationskrise<sup>4</sup> tritt dann ein, wenn das anlagesuchende Kapital nicht ausreichend Investitionsmöglichkeiten in der Produktion findet und folglich die Profitraten fallen. Als Reaktion wird ein Teil des nach Verwertung strebenden Kapitals für die Realwirtschaft überflüssig und drängt daher in andere Anlagemöglichkeiten wie Staatsanleihen oder Wertpapiere. Es entstehen gefährliche Spekulationsblasen. Platzen sie, können sie nicht nur die Anlagen der Spekulanten vernichten, sondern auch krisenhaft auf die Realwirtschaft umschlagen.

Wie ich an anderer Stelle hervorhob, waren Überakkumulationstendenzen an einer Vermögenspreisinflation in Folge der Eurokrise zu erkennen. Die »Neue Europäische Arbeitspolitik« (Syrovatka 2023) hat Druck auf die Lohnentwicklung ausgeübt, sodass die Reallöhne stagnierten. Die daraus resultierende moderate Konsumententwicklung hat Anreize gesenkt, Investitionen in die Realwirtschaft zu tätigen. Stattdessen war es für Investoren weitaus lukrativer, mit dem reichlich verfügbaren und billigen Kreditgeld (EZB-Niedrigzinspolitik) an den Finanzmärkten zu spekulieren, denn der Finanzsektor wurde in Folge der Finanzkrise nur einer zaghaften Reregulierung unterzogen. Dadurch kam es zur weiteren Aufblähung der Aktienmärkte, dem massiven Anstieg bei Immobilienpreisen und Mieten sowie der Popularisierung hochspekulativer Finanzinstrumente (Optionen, Non-Fungible Tokens, Krypto-Assets usw.) (Kornfeld 2023).

4 Relativer Kapitalüberschuss und sinkende Profitraten sind Ausdruck von Überakkumulation. Ob dies zu einer konjunkturellen oder strukturellen Krise führt hängt von mehreren Faktoren ab, worauf an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden kann.

Eine Profitklemme ist wie im Falle der Überakkumulationskrise ein Ausdruck sinkender Profitraten, wobei jedoch in diesem Fall die Profite aufgrund verhältnismäßig stärker ansteigender Löhne zurückgehen. Amit Bhaduri und Stephen Marglin (1988: 2) betonen, dass der Rückgang der realisierten Profite einerseits dazu führt, dass weniger Einkommen für die Kapitalbildung zur Verfügung steht. Andererseits führt der Rückgang der realisierten Gewinne dazu, dass die Unternehmen auch für die Zukunft weniger Gewinne erwarten, was wiederum einen Rückgang der Investitionsnachfrage hervorruft.

Anfang der 1970er-Jahre lässt sich eine Profitklemme beobachten, als die Gewerkschaften in Reaktion auf den starken Anstieg der Ölpreise 1973 in den Industrieländern hohe Lohnzuwächse erkämpften. Um die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften zu brechen, erhöhten die Notenbanken weltweit stark die Zinsen, was die Investitionsnachfrage zusätzlich eindämmte. Gleichzeitig brach die effektive Nachfrage ein, weil ein deutlich größerer Teil der Einkommen für Energie und energieintensive Waren verwendet werden musste. Es kam zur Krise.

## **Profite als Inflationstreiber**

Obwohl die damalige Krisenkonstellation in gewisser Weise mit der heutigen vergleichbar ist – beide Male gab es angebotsseitige Preisschocks, die vor allem vom Energiesektor ausgingen – reagierten die Lohnabhängigen doch deutlich unterschiedlich. Bisher war es den Gewerkschaften im Gegensatz zu damals nicht möglich, starke Lohnzuwächse zu erzielen. Im Gegenteil: 2022 brachen die deutschen Reallöhne um 4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr ein – so stark wie noch nie seit Beginn der Aufzeichnung.

Bei einer konzertierten (d. h. verabredeten) Aktion, die von Mitte 2022 bis Anfang 2023 stattfand, äußerten sich die Tarifparteien ebenfalls hinsichtlich der Rolle von Löhnen. Mit der konzertierten Aktion brachte Kanzler Olaf Scholz Vertreter der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zusammen, wie es bereits Ex-Wirtschaftsminister Karl Schiller (SPD) angesichts der kleinen Wirtschaftskrise 1966/67 getan hatte. Obwohl die Tarifparteien dieses Mal keine verbindlichen Absprachen trafen – Impulse kamen vor allem von der Politik in Form der Gas- und Strompreisbremse sowie der Steuer- und Abgabenerleichterung von Einmalzahlungen bis 3.000 Euro – waren sie sich doch beim ersten Treffen schon in einer Sache einig: Löhne sind kein Inflationstreiber. Doch wenn es nicht die Löhne sind, was ist es dann?

Einen wichtigen Teil zur Beantwortung dieser Frage liefert ein Papier der Ökonomen Isabella Weber und Evan Wasner (2023). Mit dem Konzept der Verkäuferinflation (Sellers' Inflation) erklären die beiden, warum Unternehmen mit Marktmacht in Krisenzeiten ihre Preise erhöhen. Die Autoren ermitteln so auch den Beitrag von Monopolen und Oligopolen zu inflationistischen Dynamiken, wie sie von Sablowski (2023) und Steinhardt (2023) behauptet wird. Bei hoher Kapitalkonzentration und -zentralisation sind monopolistische Unternehmen aufgrund mangelnder Konkurrenz in der Lage, Preise zu diktieren. Doch warum

erhöhen dann Unternehmen nicht permanent ihre Preise? Warum sind in der derzeitigen Krise außergewöhnliche Preisanstiege zu verzeichnen?

Weber (2023) geht davon aus, dass normalerweise Unternehmen mit Preissetzungsmacht ihre Verkaufspreise nicht senken, weil sie versuchen, Preiskriegen aus dem Weg zu gehen. Aber sie erhöhen die Preise, wenn sie erwarten, dass ihre Wettbewerber das gleiche tun. Dabei müssen sie nicht fürchten, Marktanteile zu verlieren und können ihre Margen sichern. Wenn Lieferkettenengpässe dazu führen, dass das Angebot begrenzt wird und hinter der Nachfrage zurückbleibt, können sie temporäre Monopolstellungen erreichen. So war es etwa in der Coronapandemie der Fall. Wenn sich die Erwartungen von Preissteigerungen unter den Wettbewerbern verallgemeinert, können Preissteigerungen anhalten – auch wenn die Schocks schon vorbei sind. Folglich erhöhen Unternehmen ihre nominalen Profite.

Diesen Mechanismus sehen Evan und Weber (2023) an vielen Fallbeispielen aus den USA und der Eurozone bestätigt. So hat in der Eurozone etwa Nestlé trotz sinkender Verkäufe die Preise erhöht und damit »organisches Wachstum« erzielt. Auf Makroebene wird die Theorie von einem IWF-Paper für die Eurozone untermauert, in dem Hansen et al. (2023) 45 Prozent der Preiserhöhungen zwischen dem ersten Quartal 2022 und 2023 auf Profiterhöhungen zurückführen.

Auffassen sollte man mit der Annahme einer sogenannten Gierflation (Greedflation), welche die Ausweitung der Unternehmensmargen bzw. Übergewinne unterstellt. In einigen wenigen Fällen haben zwar Unternehmen wie RWE und der saudische Ölkonzern Saudi Aramco Übergewinne erzielt, aber dies betrifft nicht die Mehrheit der Konzerne. Der Gewinn von Unternehmen aus dem Deutschen Aktienindex (DAX) ist etwa nur um 3 Prozent angestiegen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Analyse der Prüfungs- und Beratungsgesellschaft EY (2023), welche die Untersuchung auf Basis der Geschäfts- und Quartalsberichte der DAX-Konzerne vorgenommen hat.

Wie auch die EY-Studie konstatiert, hat sich zwar der Umsatz der Unternehmen vergrößert, jedoch sind ihre Kosten ebenfalls angestiegen. Die Kostensteigerungen sind vor allem auf die Energiepreisexplosion zurückzuführen. Absolut haben zwar die unternehmerischen Preiserhöhungen zur Steigerung nominaler Profite geführt, aber in den seltensten Fällen zum Wachstum relativer Profite, d. h. der Profitmargen<sup>5</sup>. Entscheidend ist jedoch, dass das Lohnwachstum hinter dem Profitwachstum zurückgeblieben ist. Dies legt eine Berechnung der Europäischen Zentralbank (EZB) für den Zeitraum vom ersten Quartal 2022 bis zum vierten Quartal 2022 nahe. Profite sind demnach etwa doppelt so stark wie Löhne

5 Betriebswirtschaftlich stellt sich der Mechanismus wie folgt dar: Wenn bspw. 50 Prozent Gewinnaufschlag auf die Herstellungskosten von 20 Euro pro Stück einer beliebigen Ware gemacht werden, beträgt der nominale Gewinn 10 Euro. Tritt dann ein Inflationsschock ein, der die Herstellungskosten pro Stück auf 30 Euro erhöht, beträgt der nominale Gewinn beim selben Gewinnaufschlag nun 15 Euro. Der nominale Gewinn hat dann zwar zugenommen, aber der relative Gewinn, also die Profitmarge, ist konstant geblieben.

gestiegen (Lane 2023: 9). Das Kräfteverhältnis hat sich also stark zu Gunsten des Kapitals verschoben.

## Es liegt nicht nur an der Energiepreisexplosion

Es lässt sich also festhalten: Die Reaktionen der Unternehmen auf die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie und die Energiepreisschocks haben eine Verkäuferinflation ausgelöst. In dieser konnten vor allem monopolistische Unternehmen ihre nominalen Profite ausweiten. Den Lohnabhängigen in Deutschland und ihren gewerkschaftlichen Interessenvertretungen ist es nicht gelungen, Löhne in dem Maße zu steigern, wie Unternehmen ihre Profite ausweiten konnten. So kam es zur Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten des Kapitals.

Der inflationsbedingten Kaufkraftverlust hat die nominalen Lohnsteigerungen stark überkompensiert, sodass es zu außerordentlichen Reallohnseinbrüchen kam. Dies verschärfte den Reallohnverfall seit dem ersten Coronajahr 2020. Wie anfangs erwähnt, hat dies die Zahl der Menschen verringert, die noch sparen können. Immer mehr Menschen leben »von der Hand in den Mund« oder sind sogar auf Lebensmittelspenden angewiesen, wie Statistiken der Hilfsorganisation Tafel (2023) alarmierend feststellen.

Angesichts der schwächelnden Konjunktur Chinas ist eine Kompensation der einbrechenden Binnennachfrage durch Steigerung der Exporte zunehmend schwieriger. Wenn man jetzt von einer »Deindustrialisierung der deutschen Wirtschaft« (Fazi 2023) spricht, weil die Investitionen aus dem Ausland zusammengebrochen sind und Unternehmen zunehmend darüber nachdenken, ihre Geschäfte ins Ausland zu verlagern, dann geschieht das nicht nur, weil die Kosten für Energie und andere Vorprodukte stark angestiegen sind. Es ist auch ein Resultat der eklatanten Schwächung der deutschen Lohnabhängigen und ihrer parlamentarischen und außerparlamentarischen Interessenvertreter, was zu einer Beschränkung der Binnennachfrage geführt hat. Denn sie schaffen es kaum, hinreichend Druck auf die Konzerne aufzubauen und das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu wenden.

## Quellen

- Alvarez Jorge A; Bluedorn, John C, Hansen; Niels-Jakob H; Huang, Youyou; Pugacheva, Alexandre Sollaci (2022): Wage-Price-Spirals: What is the Historical Evidence? In: IWF, Working Paper No. 2022/221. Siehe: <https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2022/11/11/Wage-Price-Spirals-What-is-the-Historical-Evidence-525073>. [Abrufdatum: 22.08.2023].
- Bhaduri, Amit und Marglin, Stephen (1988): Profit Squeeze and Keynesian Theory. Siehe: <https://ageconsearch.umn.edu/record/295568/files/WP39.pdf>. [Abrufdatum: 25.10.2021].
- EY (2023): DAX-Konzerne schaffen ein weiteres Rekordjahr – US-Geschäft bringt Umsatzschub. Pressemitteilung vom 23. März 2023. Siehe: [https://www.ey.com/de\\_de/news/2023/03/dax-konzerne-schaffen-ein-weiteres-rekordjahr](https://www.ey.com/de_de/news/2023/03/dax-konzerne-schaffen-ein-weiteres-rekordjahr). [Abrufdatum: 23.08.2023].

- Fazi, Thomas (2023): Die Deindustrialisierung Europas. In: Makroskop vom 23.08.2023. Siehe: <https://makroskop.eu/26-2023/die-deindustrialisierung-europas/>. [Abrufdatum: 24.08.2023].
- Flassbeck, Heiner (2015): Die Eurokrise – Warum versagt die Wirtschaft? Vortrag vom 01.07.2015 an der FU Berlin. Siehe: <https://www.youtube.com/watch?v=guVu-UZZFPpQ&t=9s>. [Abrufdatum 22.08.2023].
- Fratzscher, Marcel (2022): Die soziale Notlage trifft schon längst die breite Masse. In: Blog von Marcel Fratzscher vom 29.08.2022. Siehe: [https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.851101.de/nachrichten/die\\_soziale\\_notlage\\_trifft\\_schon\\_laengst\\_die\\_breite\\_masse.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.851101.de/nachrichten/die_soziale_notlage_trifft_schon_laengst_die_breite_masse.html). [Abrufdatum: 21.08.2023].
- Hansen, Niels-Jakob H; Toscani, Frederik und Zhou, Jing (2023): Euro Area Inflation after the Pandemic and Energy Shock: Import Prices, Profits and Wages. In: IWF, Working Paper No. 131 / 2023. Siehe: <https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2023/06/23/Euro-Area-Inflation-after-the-Pandemic-and-Energy-Shock-Import-Prices-Profits-and-Wages-534837>. [Abrufdatum: 23.08.2023].
- Kornfeld, Malte (2023): In Schulbüchern und Ketchupflaschen. Siehe: <https://makroskop.eu/09-2023/in-schulbuchern-und-ketchupflaschen/>. In: Makroskop vom 10.03.2023. [Abrufdatum: 22.08.2023].
- Kühnl, Reinhardt (1971): Formen bürgerlicher Herrschaft. Reinbek: Rowohlt-Verlag.
- Lane, Philip R. (2023): Monetary Policy and Inflation. In: Europäische Zentralbank, 05. April 2023. Siehe: <https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2023/html/ecb.sp23405~3fdbcd33c5.en.pdf?35e34db09c429f4b6b9a7c0889dced75>.
- Müller, Klaus (2022): Die Lohn-Preis-Spirale – längst widerlegt und noch immer aktuell. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung Nr. 131, September 2022. S. 86-90.
- OECD (2023): Unit labour costs. Siehe: <https://data.oecd.org/lprdy/unit-labour-costs.htm>. [Abrufdatum: 22.08.2023].
- Sablowski, Thomas (2013): Regulationstheorie. In: Joscha Wullweber; Antonia Graf und Maria Behrens, Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie. Wiesbaden: Springer Fachmedien. S. 85-99.
- Sablowski, Thomas (2023): Die Rätsel der Inflation. Eine kritische Diskussion über die Ursachen der gegenwärtigen Teuerung steht noch am Anfang. In: Rosa Luxemburg Stiftung, Nachricht vom 31.03.2023. Siehe: <https://www.rosalux.de/news/id/49901/das-raetsel-der-inflation>. [Abrufdatum: 21.08.2023].
- Sinn, Hans-Werner (2022): Wir alle werden ärmer. In: Focus Money vom 07.09.2022. Siehe: <https://www.hanswernersinn.de/de/interview-wir-alle-werden-aermer-fm-07092022>. [Abrufdatum: 21.08.2023].
- Steinhardt, Paul (2023): Zur Gefahr von Lohn-Preis-Spiralen. In: Makroskop vom 16.02.2023. Siehe: <https://makroskop.eu/07-2023/zur-gefahr-von-lohn-preis-spiralen/>. [Abrufdatum: 22.08.2023].
- Syrovatka, Felix (2023): Neue Europäische Arbeitspolitik. Umkämpfte Integration in der Eurokrise. Frankfurt und New York: campus-Verlag.

- Tafel (2023): 30 Jahre Tafel in Deutschland. Siehe: [https://www.tafel.de/fileadmin/media/Presse/Hintergrundinformationen/2023-08-09\\_Faktenblaetter\\_TU\\_23.pdf](https://www.tafel.de/fileadmin/media/Presse/Hintergrundinformationen/2023-08-09_Faktenblaetter_TU_23.pdf). [Abrufdatum: 24.08.2023].
- Wasner, Evan und Weber, Isabella (2023): Sellers' Inflation, Profit and Conflict: Why can Large Firms Hike Prices in an Emergency? In: Economics Department Working Paper Series, Working Paper Number 2 / 2023. Siehe: [https://scholarworks.umass.edu/econ\\_working-paper/343/](https://scholarworks.umass.edu/econ_working-paper/343/). [Abrufdatum: 23.08.2023].
- Weber, Isabella (2023): Inflation in Zeiten der Vielfachkrise. In: IMK Forum 2023. Siehe: <https://www.youtube.com/watch?v=WCX0UzFS2Z0&t=1391s>. [Abrufdatum: 23.08.2023].
- Worldbank (2023): Inflation, GDP deflator (annual %) – Euro area. Siehe: <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.DEFL.KD.ZG?end=2021&locations=XC&start=2007>. [Abrufdatum: 22.08.2023].